

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 13/16

21.10.2016



Beratungen im Plenum des Deutschen Bundestages © Deutscher Bundestag, Studio Kohlmeier

Mehr Geld für Länder und Kommunen

Vor einer Woche ist es Bund und Ländern unter Beteiligung der Koalitionsfraktionen gelungen, sich nach über zweijähriger Verhandlung auf eine Weiterentwicklung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 zu verständigen. Der Ausgleich der Finanzkraft der Länder erfolgt zukünftig über den Länderanteil an der Umsatzsteuer statt durch den bisherigen Finanzausgleich unter den Ländern. Die zusätzliche Beteiligung des Bundes wird allein im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen (siehe rechte Spalte sowie S. 2).

Weitere Entlastung von Ländern und Kommunen

In erster Beratung hat der Deutsche Bundestag gestern über weitere Entlastungen für Länder und Kommunen debattiert. Der Gesetzentwurf umfasst u.a. die im Koalitionsvertrag vorgesehene Entlastung der Kommunen um fünf Milliarden Euro ab 2018. Davon soll eine Milliarde Euro über den Umsatzsteueranteil der Länder gezahlt werden, vier Milliarden Euro gehen direkt über den Umsatzsteueranteil der Gemeinden und über die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft an die Kommunen. „Auch die eine Milliarde Euro, die über die Länder zu verteilen ist, muss ungekürzt und zusätzlich bei den Kommunen ankommen und darf nicht in den Landeshaushalten versickern“, betont Matthias Hauer. „Das haben die Länder der Bundesregierung zugesagt. Jetzt stehen sie in der Pflicht, diese Zusage einzuhalten.“

Der Bund übernimmt außerdem in den Jahren 2016 bis 2018 vollständig die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte. Zudem erhalten die Länder 2016 bis 2018 als Integrationspauschale jährlich zwei Milliarden Euro. „Auch diese vom Bund bereitgestellten Mittel sollten tatsächlich an die Kommunen weitergeleitet werden“, so Matthias Hauer. Für den sozialen Wohnungsbau erhalten die Länder in den Jahren 2017 und 2018 zusätzlich jeweils 500 Millionen Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Jahrelang wurde verhandelt – am vergangenen Freitag haben sich nun Bund und Länder auf eine Neuregelung ihrer Finanzbeziehungen geeinigt (siehe S. 2). Beide Seiten sind Kompromisse eingegangen. Die Einigung war vor allem deshalb möglich, weil die Bundesseite den Ländern finanziell sehr weit entgegen gekommen ist.

Dieses Entgegenkommen reiht sich nahtlos in die Entlastungen ein, die der Bund den Ländern und Kommunen in den vergangenen Jahren unter Regierungsverantwortung der Union gegeben hat – von der Übernahme der Grundsicherung im Alter bis zur kommunalen Investitionsförderung. Davon profitieren gerade auch Kommunen wie Essen.

Dabei sollten wir nicht vergessen: Die Bundesländer sind für eine auskömmliche finanzielle Versorgung der Kommunen zuständig. Nun springt der Bund wieder dort ein, wo die Länder – allen voran die rot-grüne NRW-Landesregierung – dieser Verantwortung nicht nachkommen. Die neuen Vereinbarungen dürfen kein Einfallstor dafür werden, dass sich die Länder noch weiter dieser Verantwortung entziehen. Die erforderlichen Gesetzesänderungen für die Reform werden wir sehr aufmerksam im Deutschen Bundestag begleiten.

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Auch in der Arbeitsgruppe der CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet war unter anderem die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in dieser Woche Thema.

Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Nach langen Verhandlungen haben sich Bund und Länder am 14. Oktober auf eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 verständigt. Diese Vereinbarung regelt u.a. den Ausgleich der Finanzkraft zwischen den Ländern. Der Länderfinanzausgleich wird in seiner jetzigen Form abgeschafft. Stattdessen erhalten die Länder vom Bund bei dem ihnen zustehenden Umsatzsteueranteil entsprechende Zu- und Abschläge. Insgesamt wird der Bund den Ländern ab 2020 jährlich über 9,5 Milliarden Euro mehr überweisen als bisher. Im Gegenzug erhält er neue Kompetenzen sowie mehr Steuerungsrechte. So soll in Zukunft u.a. eine zentrale Infrastrukturgesellschaft für Fernstraßen gegründet werden. Zudem soll der Bund durch eine Verfassungsänderung rechtlich in die Lage versetzt werden, Schulen in finanzschwachen Kommunen zu fördern. Der Bundesrechnungshof bekommt – wenn Landesaufgaben vom Bund mitfinanziert werden – zusätzliche Kontrollrechte. Die Finanzbeziehungen müssen neu geregelt werden, weil wichtige Regelungen zum Bund-Länder-Finanzausgleich im Jahr 2019 auslaufen und zwei Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich geklagt hatten.



Die Schülerinnen und Schüler der Theodor Goldschmidt Realschule nach dem Gespräch mit Matthias Hauer MdB im Reichstagsgebäude © Deutscher Bundestag

Schüler aus Essen in Berlin

Wie wird man Politiker? Welche Qualifikationen und Fähigkeiten muss man dafür mitbringen? Wie funktionieren die parlamentarischen Abläufe und wie wird über Gesetze entschieden? Diese und viele weitere Fragen hatten die Schülerinnen und Schüler der Theodor Goldschmidt Realschule bei ihrem Besuch in Berlin am 5. Oktober. Nach einem Informationsvortrag über die Geschichte der parlamentarischen Demokratie hatten die Zehntklässler die Möglichkeit, ihre Fragen an Matthias Hauer MdB loszuwerden. „Es war eine lebhafte Diskussion mit sehr interessierten und engagierten Jugendlichen, die mir viel Spaß gemacht hat. Wir haben intensiv vor allem über innenpolitische Themen gesprochen“, sagte Matthias Hauer. Mehrere Jugendliche konnten sich auch vorstellen, selbst politisch aktiv zu werden.



Die Besuchergruppe mit Matthias Hauer MdB auf dem Dach des Berliner Reichstagsgebäudes © Bundesregierung

Engagierte Essener in Berlin

Einen Blick hinter die Kulissen des Berliner Politikbetriebes konnten Anfang Oktober fünfzig politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Essen werfen. Im Plenarsaal des Bundestags erfuhren die Essener Besucherinnen und Besucher mehr über die Geschichte des Reichstagsgebäudes sowie die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments. Im Anschluss hatten sie Gelegenheit, sich persönlich mit Matthias Hauer MdB auszutauschen und Fragen zu stellen. Die viertägige politische Bildungsfahrt umfasste zudem einen Besuch im Bundesfinanzministerium, eine Stadtrundfahrt und Schifffahrt entlang historisch und politisch bedeutender Orte, einen Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer sowie eine Führung durch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen – der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der DDR-Staatssicherheit.

Essen



Bürgersprechstunde in Rellinghausen/Stadtwald

Am 8. Oktober konnten sich Bürgerinnen und Bürger aus Rellinghausen und Stadtwald mit ihrem direkt gewählten Bundestagsabgeordneten austauschen. Von zehn bis zwölf Uhr standen an der Frankenstraße neben Matthias Hauer MdB (l.) auch Ratsmitglied und Landtagskandidat Fabian Schrumpf (2.v.l.), Ratsmitglied und CDU-Ortsvorsitzender Sven-Martin Köhler (r.) sowie weitere Mitglieder der örtlichen CDU für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzten das Gesprächsangebot. Die Themen reichten von Fachkräftemangel über Brexit bis hin zur Flüchtlingssituation. Auch zu seinem persönlichen Abstimmungsverhalten bei Einzelfragen wurde Matthias Hauer befragt.

Mit Bürgern in Kettwig im Gespräch

Auch in Kettwig stand Matthias Hauer MdB im Oktober im Rahmen einer Bürgersprechstunde für Gespräche bereit. An der Hauptstraße konnten Passantinnen und Passanten am 6. Oktober aktuelle politische Themen besprechen und Anliegen loswerden. Neben Matthias Hauer waren u.a. Landtagskandidat Fabian Schrumpf (r.), Ratsherr und CDU-Ortsvorsitzender Guntmar Kipphardt (3.v.r.) sowie die Bezirksvertreter Gabriele Kipphardt (3.v.l.) und Michael Nellessen (4.v.l.) vor Ort. Die Themen umfassten die Bereiche Gesundheitspolitik, Finanzpolitik sowie Essener und Kettwiger Themen. „Der direkte Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist mir sehr wichtig“, betont Matthias Hauer. „So erfahre ich am besten, wie ich mich politisch für die Menschen in Essen einsetzen kann.“



Rellinghausen: Besuch in der Kita Himmelszelt

Über die aktuelle Situation in der Kindertagesbetreuung hat sich Matthias Hauer MdB am 6. Oktober in der Evangelischen Kindertagesstätte „Himmelszelt“ des Diakoniewerk Essen e.V. ausgetauscht. Einrichtungsleiterin Ingeborg Klockhaus und Ulrich Leggereit, Leiter des Geschäftsbereichs „Kindertagesbetreuung“ des Diakoniewerks, berichteten vom anstehenden Umzug der Kindertagesstätte im kommenden Jahr: Auf der gegenüberliegenden Straßenseite werden größere Räume bezogen, auch um eine vierte Gruppe schaffen zu können. Die Kinder freuten sich sehr über den Besuch des Bundestagsabgeordneten. Denn zunächst gab es für die Drei- bis Sechsjährigen ein Geschenk: zwei neue Bildkartensets für das Erzähltheater der Kita, die natürlich sofort ausprobiert wurden.

Barrierefreiheit im Sport: Golfturnier der Initiative „Jeder hat ein Handicap“



Ein Zeichen für mehr Barrierefreiheit im Sport hat die Initiative „Jeder hat ein Handicap“ mit einem Golfturnier am 2. Oktober gesetzt. Matthias Hauer MdB ist einer der Botschafter der Initiative. Gemeinsam mit Paragolfer Ralf Bockstedte (Bild links, l.), dem Chairman der Initiative, und Dr. Patrick Dohmen (Bild links, r.), dem Vorsitzenden des Euregio Kompetenzzentrum für Barrierefreiheit e.V., testete der Bundestagsabgeordnete u.a. einen neuen Elektrorollstuhl für Golfer (Bild Mitte). Höhepunkt der Veranstaltung war die weltweit erste Verleihung des Gütesiegels „barrierefrei“ an den ausrichtenden Golfclub Hösel (Bild rechts).

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer und Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Nils Sotmann, Marie
Kohls und Cathérine Ricken-Lefor (v.l.)

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

